

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Björn Eggert (SPD)

vom 19. August 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. August 2014) und **Antwort**

Beschwerden wegen Kinderlärms im Bezirk Reinickendorf

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und hat daher das Bezirksamt Reinickendorf von Berlin um eine Stellungnahme gebeten, die von dort in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat übermittelt wurde. Sie wird nachfolgend zu den Fragen 1 bis 6 wiedergegeben.

Frage 1: Wie viele Beschwerden über Lärmbelästigung durch Einrichtungen der Jugendhilfe, Kitas, Sportplätze, Grünflächen wie Spielplätze oder Bolzplätze und ähnliche gab es in den letzten zwei Jahren im Bezirk Reinickendorf?

Antwort zu 1: In der Reinickendorfer Jugendfreizeit- und Übernachtungseinrichtung „Fuchsbau“ (Thurgauer Straße 66 in 13407 Berlin) ist es in den letzten zwei Jahren zu geschätzten 20 Anrufen im Jugendamt aufgrund von Lärmbelästigungen (meist nach 22:00 Uhr) gekommen. Ein Großteil davon betrifft Übernachtungsgäste, also auch junge Erwachsene und weniger Kinderlärm. Etwa dreimal war die Polizei vor Ort. Es gab eine Anzeige wegen Ruhestörung, die aber wieder zurückgenommen worden ist.

Im Kinder- und Familienzentrum KreativFabrik (Amendestraße 41 in 13409 Berlin) konnten in den vergangenen zwei Jahren ca. 5 Beschwerden rekapituliert werden. Aus drei Reinickendorfer Kindertagesstätten sind Beschwerden aus der Nachbarschaft bekannt.

Frage 2: Wie viele Beschwerden mündeten in ein gerichtliches Verfahren?

Antwort zu 2: Keine.

Frage 3: Mussten daraufhin vorgenannte Einrichtungen geschlossen werden?

Antwort zu 3: Nein.

Frage 4: Wenn ja, welche?

Antwort zu 4: Entfällt.

Frage 5: Kam es für die vorgenannten Einrichtungen zu Einschränkungen?

Antwort zu 5: Ja.

Frage 6: Wenn ja, für welche und zu welchen?

Antwort zu 6: Jugendfreizeit- und Übernachtungseinrichtung „Fuchsbau“: Bei allen Beschwerden erfolgen wiederholt Bemühungen zur Gesprächsaufnahme mit den Beschwerdeführern, in der Regel Anwohner. Auch wurde in diesem Zusammenhang für eine Teilnahme an Veranstaltungen des „Fuchsbaus“ durch Einladungen geworben, mit Blick auf eine verbesserte Nachbarschaft, was in vielen Fällen fruchtete. Die Übernachtungsgäste werden angewiesen, sich ab 22:00 Uhr nicht mehr auf dem Außengelände aufzuhalten.

Kinder- und Familienzentrum KreativFabrik: Den Beschwerden aus dem Umfeld wurde mit Gesprächen mit den Nachbarn begegnet. Zudem wurden Büsche als Lärmschutz gepflanzt, die Verhaltensregeln zur Rücksichtnahme auf die Anwohner angepasst und Einladungen an die Nachbarn zu Veranstaltungen ausgesprochen, um die Akzeptanz der Einrichtung zu erhöhen. Die Beschwerden bezüglich der Kindertagesstätten konnten einvernehmlich gelöst werden.

Frage 7: Welche Maßnahmen plant der Senat, um Schließungen oder Einschränkungen für die unter 1. genannten Einrichtungen zu verhindern?

Antwort zu 7: Aus den Antworten des Bezirks wird deutlich, dass Konflikte im Zusammenhang mit Geräuschimmissionen, die durch Kinder und Jugendliche verursacht werden, mit Hilfe der bestehenden rechtlichen Instrumente im Einzelfall gelöst werden können. Ähnliche Erfahrungen werden auch aus anderen Bezirken berichtet. Im Bedarfsfall sind daher kooperative Einzelfalllösungen möglich, die zu einem Interessenausgleich führen und im Regelfall eine gerichtliche Auseinandersetzung vermeiden. Gerichtliche Verfahren, die Geräuschimmissionen von Einrichtungen für Kinder und Jugendliche zum Gegenstand haben, werden in Berlin daher nur in Einzelfällen geführt.

Hinzuweisen ist darauf, dass insbesondere die gesetzlichen Regelungen in § 6 Abs. 1 des Landes-Immissionsschutzgesetzes Berlin und in § 22 Abs. 1a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in Bezug auf Geräuschimmissionen, die von Kindern verursacht werden, sowie Nummer 6 der Ausführungsvorschriften zum Landes-Immissionsschutzgesetz Berlin in Bezug auf Bolzplätze, Kunsteisbahnen, Skateboardanlagen und ähnlich genutzte Plätze ausreichend Handhabe bieten, um den zuständigen Behörden einzelfallgerechte Lösungen zu ermöglichen, die sowohl den Interessen der Kinder und Jugendlichen als auch den Ruheschutzinteressen der Nachbarinnen und Nachbarn der oben genannten Einrichtungen gerecht werden.

Berlin, den 04. September 2014

In Vertretung

Christian Gaebler

.....
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 09. Sep. 2014)